



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich	Drucksachen-Nr.: 22-2939
	Datum: 05.05.2022

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Sozialraumentwicklung	05.05.2022

Unterstände für Jugendliche im Reiherstiegviertel (Antrag der CDU-, SPD- und FDP-Fraktion)

Sachverhalt:

Im Rahmen einer Befragung von Jugendlichen während der Pandemiezeit hat sich herausgestellt, dass diese einen Bedarf sehen, sich außerhalb von Jugendeinrichtungen und anderen Orten frei zu treffen und dabei auch witterungsgeschützt sein wollen. Dieses soll auch die Identifikation und die Wahrnehmung des öffentlichen Raums als einen Ort, der auch ihren Bedürfnissen entspricht, fördern. Planung und Gestaltung der Unterstände sollen in einem partizipativen Rahmen realisiert werden.

Viele Fragen sind in der jetzigen Projektphase nur schwer oder gar nicht beantwortbar und bedürfen der Hilfestellung der Verwaltung, damit dieses Projekt einer Realisierung zugeführt werden kann. Grundlegende Planungen zur architektonischen Gestalt der Unterstände, den Orten und einer möglichen Erstellung wurden bereits vorgenommen. In der Realisierungsphase eines solchen Projekts ist es nun aber auch notwendig, konkret Expertinnen und Experten miteinzubeziehen, die gemeinsam mit den Jugendlichen, die weitere Planung, die Gestaltung und die Implementierung dieser Unterstände als Orte von und für Jugendliche voranbringen. Dies muss insbesondere auch vor dem Hintergrund der durchaus negativen Erfahrungen im Stadtteil mit dieser Art der Projekte, aber auch vor der Verantwortung der Jugendeinrichtungen für solche Projekte geschehen.

Petitum/Beschluss:

Der Ausschuss für Sozialraumentwicklung beschließt:

Der Ausschuss für Sozialraumentwicklung begrüßt das Engagement der Jugendlichen, neue Orte der Freizeitgestaltung zu schaffen.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit zunächst die Umsetzung eines Unterstandes für Jugendliche im nördlichen Parkgelände an der Neuhöfer Straße möglich ist.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung zu berichten,

- welche Mittel wo für einen Bau eines Unterstands zur Verfügung stehen,
- wer die Koordination der Qualifizierung und Umsetzung des Unterstands in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen übernimmt,

- wie die freie Zugänglichkeit des Unterstands für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden soll und wie ein etwaiges „Beschwerdemanagement“ aussehen kann,
- wie eine Kooperation mit den unterstützenden Jugendeinrichtungen aussehen kann.